

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/Z027(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 06.10.2023	Ratssaal Gemeinsame Sitzung mit dem Finanz- und Grundstücksausschus s	15:00 Uhr	17:30 Uhr

Leitung:
Teilnehmer

Oberbürgermeisterin Frau Simone Borris
siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Sparmaßnahmen 2024
BE: OB'in
- 4 Keine Erhöhung der Kita-Gebühren in Magdeburg - Anteil der Stadt
beibehalten
Fraktion AfD A0217/23

Anwesend Verwaltungsausschuss:

Vorsitzende/r

Simone Borris

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

bis 16.30 Uhr

Kornelia Keune

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Olaf Meister

Oliver Müller

Kathrin Natho

Carola Schumann

Frank Schuster

Roland Zander

Vertreter

Julia Brandt

ab 16.30 Uhr i.V.f. SR Dr. Grube

René Hempel

i.V.f. SR'in Lösch

Manuel Rupsch

i.V.f. SR Schwenke

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Nadja Lösch

Wigbert Schwenke

Anwesend:

Finanz- und Grundstücksausschuss

Vorsitz

Reinhard Stern

Mitglieder des Gremiums

Anke Jäger

Dr. Jan Moldenhauer

Burkhard Moll

Prof. Dr. Alexander Pott

Jens Rösler

Mirko Stage

Vertreter

Norman Belas

Geschäftsführung

Birgit Synakewicz

Abwesend

Mitglieder des Gremiums

Karsten Köpp

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Oberbürgermeisterin Frau Borris eröffnet die gemeinsame Sondersitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

Die Oberbürgermeisterin erläutert den vorgesehenen Ablauf der gemeinsamen Ausschusssitzung und merkt an, dass nach ihrer Einführung der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen Herr Kroll zum Haushalt 2024 ausführt. Im Anschluss werden die einzelnen Einsparvorschläge thematisiert mit der Zielstellung zu erfahren, welche Einstellung die Mitglieder der Ausschüsse dazu haben.

Im Weiteren verweist sie auf den positiven Jahresabschluss 2022 der Stadt und führt aus, dass sich der Jahresabschluss 2023 nicht mehr positiv darstellen wird. Im Jahr 2023 haben u.a. Großprojekte dazu geführt, dass Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen, die Stellenbesetzung restriktiv vorgenommen wird und Möglichkeiten zur Ertragssteigerung gesucht werden. Sie bezeichnet es als schwierig, gesetzlich normierte Leistungen zu erbringen. Weiterhin betont sie, dass bei kulturellen Leistungen keine Kürzungen vorgenommen werden sollen. Es werde versucht, eine Bestandssicherung zu erreichen und auch in bestimmten Bereichen eine Aufstockung vorzunehmen.

Bezug nehmend auf das letzte geführte Gespräch zum Haushalt 2024 führt sie aus, dass die hier vorgelegten Maßnahmen nochmals geprüft wurden. Sie informiert über die getroffene Feststellung, dass nicht alle dieser Maßnahmen umgesetzt werden können bzw. bereits umgesetzt sind und macht erläuternde Ausführungen hierzu.

3. Sparmaßnahmen 2024

Die Oberbürgermeisterin gibt das Wort an **Herrn Kroll**, der daraufhin Ausführungen zur aktuellen Haushaltslage der LH MD sowie dem aufgestellten Haushaltsplan 2024 macht. Trotz großer Anstrengungen ist es bis jetzt nicht gelungen, ein ausgeglichenes Ergebnis für 2024 zu planen, so dass der Haushaltsplan 2024 derzeit mit rund 31 Mio. EUR defizitär und damit nicht genehmigungsfähig ist. Erst ab dem Jahr 2027 stellen sich Ergebnis- und Finanzhaushalt wieder ausgeglichen dar. Im Weiteren informiert **Herr Kroll** über die Erträge und Aufwendungen, geht auf ausgewählte Deckungskreise, insbesondere der MVB und KID ein und stellt fest, dass hier der Aufwand enorm steigt. Bei der MVB steigen die Zuschüsse, da der Betriebshof Nord abzuschreiben ist, bei der KID schlägt die Beschaffung neuer Hard- und Software sowie notwendiger Hackerschutz zu Buche. Im sozialen Bereich sind vor allem die Deckungskreise HzE und KiFöG risikobehaftet. Bei den Investitionen liegt das Problem bei den Drittmitteln, d. h. insbesondere Fördermittel fließen zu spät oder gar nicht. Das bedeutet im Jahr 2024 auch, dass es zu einer Neuverschuldung in Höhe von rund 46 Mio. EUR kommen wird. Weiterführend geht **Herr Kroll** auf große und wichtige Investitionen ein. Zu den Risiken zählen nicht planbare Erstattungen von Bund und Land sowie Bauverzögerungen, Preissteigerungen sowie Mangel an Firmen und Personal. Die LH MD ist bemüht durch eigene Konsolidierungsmaßnahmen, wie

bspw. u. a. die Kürzung des Personalaufwandes, die Kündigung von städtischen Mitgliedschaften und Gebührenanpassungen, das Defizit zu mindern.

Herr Stage gibt mit Blick auf Diskussionen im StBV zu bedenken, dass die Finanzierung verschiedener Maßnahmen nicht abgedeckt ist, so für erforderliche Brückensanierungen, den Magdeburger Ring oder die Strombrückenverlängerung. Hier möchte er wissen, wie realistisch die Zahlung von Fördermitteln vom Land ist. Hierzu stellt **die Oberbürgermeisterin** fest, dass der Hochwassertopf leer ist, die Verwaltung aber im Austausch mit dem Land steht und nach wie vor um Unterstützung bittet. Allerdings ist nicht abschließend geklärt, in welcher Höhe und wann Fördermittel fließen.

Die Oberbürgermeisterin möchte nunmehr gemeinsam mit den Anwesenden die vorliegende Liste der Sparmaßnahmen durchgehen.

1. Bereits durch die Verwaltung geprüfte Vorschläge mit Wirkung für die Verwaltung

lfd. Nr. 1 – Kürzung der Personalaufwendungen

Frau Borris erläutert, dass dies ein „großer Punkt“ ist und hier nicht die üblichen Einsparungen erfasst sind, sondern diese restriktiven Maßnahmen zusätzlich greifen. Dies erfordert Arbeitsabläufe und die Arbeitszeitauslastung „zu beleuchten“ sowie ggf. durch die Digitalisierung weitere Effekte zu erreichen. Allerdings dürfen dadurch Leistungen der LH MD nicht gestrichen oder deren Bearbeitungszeit verlängert werden.

Herr Meister wünscht sich bei diesen Prüfungen aber gewisse Differenzierungen. Natürlich müssen bestimmte Aufgaben erfüllt werden, dies werde auch berücksichtigt, so **Frau Borris**, leider gibt es nur noch wenige Stellschrauben.

Herr Krug ergänzt, dass bspw. im Dez. VI von 132 Stellen nur etwa 20 überhaupt betrachtet werden können und im Dezernat I die größten Einsparpotentiale möglich sind.

Herr Rupsch vermisst den Einspareffekt im Bereich BOB, hier sind nach seiner Auffassung einerseits viele höher dotierte Stellen angesiedelt, andererseits kündigen Mitarbeiter aufgrund fehlender Wertschätzung und Motivation. Dies lässt **die Oberbürgermeisterin** so nicht gelten. Es wurden verschiedene Projektmanager eingestellt, um dezernatsübergreifende Aufgaben leisten zu können, wie z. B. Klima- und Hitzeschutzplanung.

In der sich anschließenden weiteren Diskussion herrscht unter den Anwesenden keine uneingeschränkte Zustimmung zu dieser Sparmaßnahme. So befürchtet **Herr Zander** Probleme bei der Bewältigung der Aufgaben im Ordnungsamt, der Ausländerbehörde und im Sozialbereich.

Herr Kohl sieht zu viel Stellenaufwuchs in den Chefetagen, hier werden durch Umstrukturierungen zusätzliche Stellen akquiriert.

Frau Borris merkt an, dass an sensiblen Stellen keine Sperrung oder Streichung erfolgen wird und dafür Sorge getragen wird, dass die Arbeit mit den vorhandenen Ressourcen zu bewältigen ist.

Herr Hempel bekundet sein Vertrauen zur Stellenbesetzung in der LH MD, wünscht sich zu den Haushaltsberatungen mehr Einblick und Transparenz.

Herr Müller begrüßt den Willen der LH MD einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erstellen. Dabei muss berücksichtigt werden, welche Aufgaben wichtig sind. Er gibt zu bedenken, dass im Bereich Personal der Verwaltungsausschuss ab der EG 13 das entscheidende Gremium ist.

Im Folgenden wird über verschiedene Ist – Zahlen, eine mögliche Nettokreditaufnahme und die gesamten Arbeitnehmerzahlen sowie nochmals über den Konsolidierungsbetrag in Höhe von 6,1 Mio. EUR debattiert. Zu letzterem betont **Herr Krug** nochmals, dass es sich um unterjährige Besetzungen handelt und die vorgelegte Summe keine fiktive ist. Konkret wird dies mit der Stellenplaneinbringung sichtbar werden.

Herr Kumpf verweist darauf, dass es sich um die Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses handelt und bittet Gästen kein Rederecht zuzugestehen.

Ifd. Nr. 2 – Kündigung von Mitgliedschaften

Hier wird die LH MD alle städtischen Mitgliedschaften nochmals prüfen, um eine endgültige Entscheidung fällen zu können, so **die Oberbürgermeisterin. Herr Meister** erbittet eine entsprechende Liste.

Ifd. Nr. 3 – Kürzungen im Aufwandsbereich (Fortbildung, Dienstreisen usw.)

Die Zielstellung ist es, dass „nur noch“ tatsächliche Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt werden. Auch Dienstreisen und die Beschaffung von Möbeln und Büromaterial werden auf den Prüfstand gestellt, so **Frau Borris**.

Ifd. Nr. 4 - Stellplatzgebühren

Frau Borris stellt fest, dass die Verwaltung es durchaus für gegeben sieht, dass die Stellplatzgebühren für Angestellte moderat angepasst werden.

2. Bereits durch die Verwaltung geprüfte Vorschläge mit Wirkung für die Bürger*innen

Ifd. Nr. 1 – Bettensteuer

Die Einführung einer Bettensteuer in Höhe von 3 EUR wäre ein kleiner Betrag, sofern der Verwaltungsaufwand gering gehalten werden kann, sagt **die Oberbürgermeisterin**.

In der sich anschließenden kurzen Diskussion verweist **Herr Rupsch** auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Mauterhöhung und die CO 2 Steuer und möchte nicht noch zusätzlich Kosten für Touristen „aufrufen“. Grundsätzlich gibt es geteilte Meinungen, obwohl der Vorschlag 2 Mio. EUR zusätzliche Einnahmen bedeuten würden. **Herr Kumpf** sagt klar, dass Magdeburg nicht Warnemünde ist. **Herr Stage** merkt an, dass sich wohl kein Tourist sich im Vorfeld fragt, wenn er in eine andere Stadt fährt, ob er dort eine Bettensteuer zahlen muss. **Herr Hempel** hat sich bei der MMKT informiert, die Gesellschaft könnte diese Steuer „einnehmen“, aber so bürokratiearm wie möglich. Allerdings machen ihm die Jugendherbergen Sorgen, dort müssen rechtlich ggf. Differenzierungen geprüft werden.

Ifd. Nr. 2 – Anpassung von Eintrittsgeldern

Dies ist eine Frage von Angebot und Nachfrage, sagt **Frau Stieler – Hinz**. Es darf nur moderate Anpassungen geben, da den Einrichtungen sonst die Besucher gänzlich ausbleiben. Sie gibt auch zu bedenken, dass mögliche Anpassungen erst im Laufe des Jahres 2024 greifen können. Die Verteilung von Freikarten des Theaters wird geprüft. Grundsätzlich sind die Anwesenden nicht gegen eine moderate Erhöhung bestimmter Eintrittsgelder, wie bspw. für Schwimmbäder, die Bibliothek und Volkshochschule.

Herr Müller wünscht sich eine schnellstmögliche Anpassung und spricht sich für eine sofortige Überprüfung von den entsprechenden Satzungen aus. **Die Oberbürgermeisterin** verspricht eine kurzfristige konkrete Untersetzung.

Ifd. Nr. 3 und 4 – Geschwisterregelung und Hortstaffelung

Diese Punkte sind dem „Rotstift“ zum Opfer gefallen, d. h. die LH MD sieht vorerst in diesem Bereich von Erhöhungen bzw. dem Wegfall von Ermäßigungen ab, so **Frau Borris**, da der technische Aufwand sehr hoch ist und eine Umsetzung 2024 daher nicht möglich ist. Dennoch wird über eine Beitragserhöhung mit Wirkung für „stadtfremde“ Kinder ab 2025 nachgedacht.

lfd. Nr. 5 und 6 – Arbeitsfördermaßnahmen

Zum einen könnten Gesellschaften zusammengelegt werden, so dass neben Geschäftsführung nur noch ein Verwaltungsrat notwendig ist, zum anderen werden nichtverbrauchte Gelder zurückgegeben. Dies gilt allerdings nicht für AGH Maßnahmen, erläutert **Frau Borris**.

lfd. Nr. 7 – Parkplatzgebühren in Bewirtschaftung des Tiefbauamtes

Würden diese verdoppelt werden, würden rund 2,1 Mio. EUR Mehreinnahmen generiert werden. Das Meinungsbild ist unterschiedlich. **Herr Kumpf** und **Herr Zander** signalisieren ihre völlige Ablehnung. **Herr Müller** möchte dabei auch das Parken von Motorrädern auf Fußwegen unterbunden wissen, während **Herr Rupsch** weitere Einnahmen durch häufigere Geschwindigkeitskontrollen erreichen möchte. Hierzu merkt **Herr Krug** an, dass der Erwerb eines 3. Messgerätes geplant ist sowie die Kontrolle des ruhenden Verkehrs intensiviert werden soll. 2 entsprechende Drucksachen werden derzeit erarbeitet. **Herr Stage** und **Herr Hempel** stehen der Gebührenerhöhung positiv gegenüber und sprechen von einem Hebel, der nicht verachtet werden sollte, auch um die Stärkung des ÖPNV zu signalisieren. **Herr Stage** könnte sich sogar „noch höhere“ Anpassungen vorstellen. **Herr Kroll** merkt an, dass die LH MD gewillt ist, den Landesrechtsrahmen auszuschöpfen. **Herr Schuster** sieht allerdings erforderliche Differenzierungen, insbesondere wie mit Gewerbetreibenden umgegangen wird. Unter Umständen sollten Parkkarten angeboten werden.

lfd. Nr. 8 – Stellplatzgebühren an Schulstandorten; Verwaltungs- und Kulturbauten in Bewirtschaftung des KGm

Herr Zander wünscht sich vor der Erhöhung eine Kommunikation und vorherigen Austausch mit den Betroffenen, bevor die Diskussion im Stadtrat geführt wird. Auch hier meldet sich **Herr Schuster** nochmals zu Wort und bittet Dienstleister, Handwerker u. ä. besonders zu berücksichtigen bzw. auszuschließen.

Herr Dr. Grube verlässt gegen 16.30 Uhr die Sitzung und wird von **Frau Brandt** vertreten.

3. Weitere derzeit ungeprüfte Maßnahmen im Sinne einer Ideensammlung...

lfd. Nr. 1 – Erhöhung Hebesatz Grundsteuer B

Herr Stern gibt zu bedenken, dass nicht nur Eigenheimbesitzer davon betroffen sind, sondern die Vermieter die höhere Steuer auf die Mieter umlegen können. Des Weiteren weist er daraufhin, dass die Finanzämter nach seinen Recherchen bisher nur einen Bruchteil der betroffenen Gebäude in MD mit den neuen Grundsteuermessbescheiden versehen haben. Das bedeutet, dass für 2025 noch gar nicht feststehen kann, wie die neuen Grundsteuern für die einzelnen Besitzer von Häusern und Grundstücken lauten. Das könnte dazu führen, dass 2-mal die Grundsteuer 2024 und 2025 erhöht wird. **Herr Kroll** spricht von möglichen Modellrechnungen und sieht einer Neuberechnung für Wohnblöcke im Jahr 2025 entgegen. **Herr Stage** und **Herr Schuster** sprechen sich für eine Anhebung in „ganz kleinen Sprüngen“ aus, da sich Gewerbetreibende die Erhöhungen auf anderem Weg zurückholen. **Herr Kumpf** machen die Anpassungen wütend. „Erklären Sie den Leuten, wie sie das alles bezahlen sollen. Das summiert sich in der Realität auf eine riesengroße Summe.“

Herr Schuster bittet alle Überlegungen langfristig zu überdenken, denn die Sparmaßnahmen haben große Auswirkungen.

Ifd. Nr. 2 – Anpassung Hundesteuer

Alle Hunde gleichzusetzen verringert den Verwaltungsaufwand, so **die Oberbürgermeisterin**. **Frau Schumann** spricht sich komplett dagegen aus. Ein Hund ist ein Lebewesen, das gerade Älteren und Alleinlebenden Zweisamkeit vermittelt. Eine Rentnerin hat keinen Zweithund. Das Ansinnen ist unsozial. **Herr Hempel** und **Herr Meister** sehen die Abschaffung der Staffelung eher skeptisch, da sie einen gewissen Lenkungseffekt hat, birgt aber ggf. die Gefahr von vermehrtem Aussetzen der Hunde.

Ifd. Nr. 3 bis Ifd. Nr. 25

Die angegebenen Sparmaßnahmen werden zur Kenntnis genommen und es kommt zu einzelnen Nachfragen und/oder Anmerkungen seitens der Anwesenden. So wünscht sich **Frau Jäger** die Optimierung der Schulstandorte, so dass riesige Klassen vermieden werden und Baukosten auf moderne sachliche Konzepte abgestimmt werden.

Herr Rösler findet viele Maßnahmen nachvollziehbar. Allerdings ist es wichtig, dass verschiedene Vorhaben verschoben und/oder hinausgezögert werden. Er hinterfragt, ob der Beschluss zur Umfeldgestaltung der Stadthalle/Hyparschale aktuell noch tragfähig ist oder eher verschoben werden muss, zumal noch keinerlei Einnahmen durch die Nutzung der Gebäude entstehen. Für die geplante Schule in der Listemannstraße möchte er über mögliche Schülerzahlen informiert werden.

Herr Canehl möchte begonnene Maßnahmen keinesfalls verschieben. Gleichzeitig fragt er nach dem Umgang mit Haushaltsausgaberesten. Die Maßnahmen im Baubereich werden nochmals priorisiert und dann ggf. gestrichen, so **Herr Kroll**.

Herr Rupsch fragt sich, ob die Änderung der Taktung bei Straßenbahn und Bus ggf. Entlassungen von Personal nach sich zieht. Darüber hinaus sieht er Einsparpotentiale bei den Mittelanmeldungen für die MVB. **Die Oberbürgermeisterin** merkt an, dass es einen Betrauungsvertrag gibt und die LH MD zur Zahlung verpflichtet ist.

Herr Kumpf begrüßt den Pkt. 26, d. h. den Vorschlag der Personalkostenersparnis durch die Aufhebung verschiedener Stadtratsbeschlüsse.

Herr Meister würde sich zwar über zusätzliche Einnahmen durch Grundstücksverkäufe freuen, hält aber den Verkauf von „Tafelsilber“ bedenklich. Hier sollen nur unattraktive Gebäude einschließlich der Grundstücke veräußert werden, sagt **Frau Borris**.

Herr Stage kommt nochmals auf die Anpassung der Taktung im ÖPNV zu sprechen. Diese sollte tatsächlich optimiert werden, auch unter dem Blickwinkel, dass neue Bahnen erst 2027geliefert werden, allerdings sind die Morgenstunden sowie der Berufsverkehr auszusparen.

Frau Schumann fragt nach, ob es seitens der Verwaltung schon Ideen oder Vorschläge zur Neustruktur der Ausschüsse gibt. Überlegungen gibt es bereits, so **die Oberbürgermeisterin**. Bspw. können die Ausschüsse Juhi oder FuG und GeSo zusammen agieren, aber dazu ist eine Hauptsatzungsänderung erforderlich.

Ein einheitliches Stimmungsbild ergibt sich aus der geführten Debatte nicht. Lediglich bei den Einsparungen der Verwaltung herrscht relative Einigkeit. Gelingt es nicht das aktuelle Defizit von 23 Mio. EUR zu minimieren, wird die LH MD keinerlei Handlungsspielraum haben. Die bevorstehenden Haushaltsberatungen dienen der weiteren Anpassung der Ausgangslage für das Jahr 2024 und sind daher von großer Bedeutung, sind sich alle Anwesenden einig.

4. Keine Erhöhung der Kita-Gebühren in Magdeburg - Anteil der Stadt beibehalten
Vorlage: A0217/23
-

Der Antrag A0217/23 wird von Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, für die heutige Sitzung **zurückgezogen**.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Simone Borris
Vorsitzende

Andrea Behne
Schriftführerin